

NWB • Ratgeber Steuerrecht

Steueramnestie und neue Zinsbesteuerung

Strafbefreiende Erklärung

Pläne zur Zinsabgeltungssteuer

EU-Zinssteuer

Schweizer Zahlstellensteuer und

liechtensteinische Zinssteuerlösung

Informationsaustausch nach OECD-Standard 2002

Zukunft der Steueroasen

Von

Steuerberater Dipl.-Betriebswirt (FH)

Anton-Rudolf Götzenberger

Verlag-Neue Wirtschafts-Briefe

Herne/Berlin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	5
Abkürzungsverzeichnis.....	15
A. Steueramnestie 2004: Brücke in die Steuerehrlichkeit. . . .	17
I. Allgemeines.....	17
II. Die latenten Gefahren einer Enttarnung deutscher Kapitalflüchtlinge durch die Steuerbehörden.....	19
1. Allgemeines.....	19
2. Bankgeheimnisse schützen Steuerbetrüger nicht.....	21
3. Internationale Rechtshilfe bei Steuerdelikten.....	24
4. Mit dem Tod des Kontoinhabers endet auch das Bankgeheimnis.....	26
5. Die Risiken der Konsumierung von Schwarzgeld im Wohnsitzstaat.....	28
6. Verschärfung der Bargeld-Grenzkontrollen in der EU erhöht die Gefahren des Schwarzgeldtransfers.....	29
7. Zollfahndungsdienste spüren nicht nur Drogen auf.....	31
8. Erweiterte Ermittlungsmöglichkeiten der Finanzbehörden nach Ablauf der Amnestiefrist (automatisierter Kontoabruf).....	31
III. Die strafbefreiende Erklärung zur Legalisierung unversteuerter Einnahmen.....	36
1. Adressatenkreis, maßgebliche Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten.....	36
2. Der erklärungsberechtigten Personenkreis.....	40
3. Erklärungsspflichtige Einnahmen, Bemessungsgrundlage und Differenzierung nach Steuerarten.....	42
a) Allgemeines.....	42
b) Differenzierung der Einnahmen nach verkürzten Steuerarten. . . .	43
c) Die verkürzten Steuerarten im Einzelnen.....	44
(aa) Einkommen-oder Körperschaftsteuer.....	44
(bb) Gewerbesteuer.....	47
(cc) Umsatzsteuer.....	48
(dd) Erbschaft-oder Schenkungsteuer.....	48

(ee) Vermögensteuer.....	49
(ff) Verkürzung mehrerer Steuerarten bei gleichem Lebenssachverhalt.....	50
d) Zusammenfassende Übersicht.....	51
4. Form, Inhalt und Adressat.....	52
a) Der amtliche Vordruck.....	52
b) Spezifizierung nach Kalenderjahren und zugrunde liegenden Lebenssachverhalten.....	52
c) Adressat.....	53
5. Abgabefrist und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Fristversäumnis.....	54
a) Allgemeines.....	54
b) Unverschuldete Fristversäumnis.....	54
6. Steuersätze und Steuernachzahlung.....	56
a) Allgemeines.....	56
b) Zuschlagsteuern.....	57
c) Zusammenfassende Übersicht der Steuersätze.....	57
7. Umfang der Straf- und Bußgeldbefreiung.....	58
a) Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten nach dem StraBEG.....	58
b) Sonstige im Zusammenhang mit Steuerstraftaten begangene Straftaten.....	59
c) Verwendungsbeschränkung und Spezialitätsvorbehalte.....	60
d) Zusammenfassende Übersicht.....	63
8. Ausschluss der Straf- und Bußgeldbefreiung (Sperrwirkung).....	63
a) Allgemeines.....	63
b) Der Sperrwirkungstatbestand des Erscheinens eines Amtsträgers.....	64
c) Der Sperrwirkungstatbestand der Tatentdeckung.....	66
d) Der Sperrwirkungstatbestand der Bekanntgabe der Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens.....	68
e) Der Sperrwirkungstatbestand der Abgabe von Berichtigungserklärungen.....	69
f) Sperrwirkung gegenüber anderen Tatbeteiligten.....	70
9. Abgeltungswirkung der straf befreienden Erklärung für Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis.....	71
a) Sachlicher Umfang der Abgeltungswirkung.....	71
b) Persönlicher Umfang der Abgeltungswirkung.....	72
(aa) Allgemeines.....	72

(bb) Abgeltungswirkung gegenüber dem zusammen veranlagten Ehegatten.....	72
(cc) Abgeltungswirkung gegenüber Haftungsschuldnern.....	74
(dd) Abgeltungswirkung gegenüber dem Gesamtrechts- nachfolger.....	74
(ee) Abgeltungswirkung gegenüber Arbeitnehmern.....	74
10. Besondere Verfolgungs- und Festsetzungsverjährung.....	75
a) Allgemeines zur Strafverfolgungs- und Festsetzungsverjährung im Steuerrecht.....	75
b) Besonderheiten bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer.....	79
c) Wirkung und Bedeutung der besonderen Verfolgungs- und Festsetzungsverjährung nach dem StraBEG.....	81
11. Folgen bei fehlerhaften oder unvollständigen strafbefreienden Erklärungen.....	83
a) Fehlerhafte strafbefreiende Erklärungen.....	83
b) Beweislastregeln bei unvollständigen strafbefreienden Erklärungen.....	84

**IV. Die Legalisierung geerbter Schwarzgelder durch die
 strafbefreiende Erklärung.....** 85

Vorbemerkung.....	85
1. Berichtigungspflichten der Erben.....	85
2. Strafbefreiende Erklärung bei unterlassener Berichtigungspflicht...	86
3. Die Legalisierung geerbter Schwarzgelder mittels Fremdanzeige ...	86

V. Strafbefreiende Erklärung versus Selbstanzeige..... 88

Vorbemerkung.....	88
1. Lückenlose und vollständige Berichtigung/Richtigstellung und das Risiko der mangelnden Materialbereitstellung.....	88
2. Sperrwirkungstatbestände.....	89
3. Personeller Wirkungsbereich.....	89
4. Form und Inhalt.....	91
5. Nacherklärungszeitraum.....	93
6. Subsidiäre Steuerordnungswidrigkeiten.....	94
7. Außersteuer(straf)rechtlicher Wirkungsbereich.....	95
8. Nachentrichtung hinterzogener Steuern, Hinterziehungszinsen Werbungskosten und die Anwendung des Halbeinkünfte- verfahrens.....	97
9. Zusammenfassende Übersicht.....	99

VI. Kombination von straffbefreiender Erklärung und Selbstanzeige	101
VII. Die Brücke in die Steuerehrlichkeit in Kombination mit der beabsichtigten Neuregelung der Besteuerung der Kapitaleinkünfte ab 2005	102
1. Die aktuellen Regierungspläne zur Schaffung einer Abgeltungssteuer für Kapitalerträge.....	102
2. Prinzip und Funktionsweise einer neuen Abgeltungssteuer.....	102
3. Geltungsbereich und Steuerabzugspflicht.....	103
4. Steuerbemessungsgrundlage und Abgeltungssteuersatz.....	103
5. Abstandnahme vom Steuerabzug.....	104
a) Nichtveranlagungs-Bescheinigung.....	104
b) Freistellungsauftrag.....	104
6. Vorgesehenes Wahlrecht auf Steuerveranlagung (Antragsveranlagung).....	105
 B. Das neue Besteuerungs- und Abgabekontrollverfahren für Zinserträge nach der EU-Zinsrichtlinie in Ländern der Europäischen Union	 106
I. Chronologie	106
1. Das Koexistenzmodell.....	106
2. Großbritanniens Initiative zum Informationsaustausch.....	107
3. Der Gipfel in Feira.....	108
4. Der Kompromiss des ECOFIN-Rates vom 21.1.2003.....	108
5. Der finale Zinssteuer-Kompromiss vom 3.6.2003 nach Beilegung der Milchquoten-Auseinandersetzungen mit Italien.....	109
6. Umsetzung der EU-Zinsrichtlinie in nationales Recht.....	110
7. Zusammenfassende Übersicht.....	111
II. Die Zinsrichtlinie im Einzelnen	112
1. Allgemeines.....	112
2. Anwendung und Umsetzung.....	113
3. Das automatisierte Meldeverfahren/Informationssystem in 12 von 15 EU-Mitgliedstaaten ab dem 1.1.2005.....	114
4. Sonderregelungen für Luxemburg, Belgien und Österreich.....	114
a) Übergangsregelung und Quellensteuersätze.....	114
b) Ausnahmen vom Quellensteuerabzugsverfahren (optionales Meldeverfahren).....	114

c) Regelungen zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung	115
d) Ende des Übergangszeitraumes	115
5. Sachlicher Anwendungsbereich des Meldeverfahrens und des Quellensteuerabzugs	116
a) Regelfall	116
b) Sonderfall juristische Person und Personengesamtheiten	116
6. Territorialer Anwendungsbereich	117
7. Der wirtschaftliche Eigentümer im Sinne der EU-Zinsrichtlinie	117
8. Die Zahlstelle im Sinne der Zinsrichtlinie	120
a) Definition/Regelfall	120
b) Sonderfälle	120
(aa) Mehrere Zahlstellen in einer Kette	120
(bb) Stiftungen, Trusts und sonstige Einrichtungen als Zahlstellen kraft Vereinnahmung	121
9. Steuerbare/meldepflichtige Leistungen (Zinszahlungen)	124
a) Begriff und Abgrenzung	124
b) Das Grandfathering	125
(aa) Allgemeines	125
(bb) Maßgeblicher Übergangszeitraum	126
c) Investmentfonds	126
(aa) Thesaurierungsfonds	126
(bb) Ausschüttungsfonds	127
(cc) Aktienfonds	127
10. Meldeverfahren und Standardformular zur Auskunftserteilung (EU-Länder ohne Österreich, Belgien und Luxemburg)	127
a) Allgemeines Meldeverfahren	127
b) Besonderes Meldeverfahren in Verbindung mit Zahlstellen kraft Vereinnahmung	128
c) Das Standardformular zur Auskunftserteilung	129
III. Umsetzung der Richtlinie in sonstigen Drittstaaten sowie den abhängigen oder assoziierten Gebieten	134
1. Allgemeines	134
2. Situation in den Drittstaaten	135
3. Situation in den abhängigen oder assoziierten Gebieten der EU-Mitgliedsländer	135
4. Zusammenfassende Übersicht	138

C. Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein im Kräftespiel zwischen dem Erfordernis der Übernahme von der EU-Zinsrichtlinie gleichwertiger Maßnahmen und ihren nationalen Bankgeheimnissen.....	139
Vorbemerkung.....	139
I. Situation in der Schweiz nach dem Kompromiss des ECOFIN-Rates vom 21.1.2003 und die Annahme der Richtlinie über die EU-Zinsbesteuerung am 3.6.2003.....	140
II. Die Bankgeheimnisse in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein.....	142
1. Rechtsgrundlagen.....	142
2. Aufhebung der Bankgeheimnisse in Schweiz und Liechtenstein für Zwecke der Ahndung ausländischer Steuerdelikte.....	145
a) Rechtshilfe der Schweiz in Fiskaldelikten.....	145
b) Rechtshilfe des Fürstentums Liechtenstein in Fiskaldelikten.....	147
c) Bankgeheimnis als wesentliches Interesse der Schweiz ?.....	148
III. Weshalb die EU von der Schweiz Gegenmaßnahmen zur Eindämmung der Steuerflucht verlangt.....	149
1. Exkurs: Funktionsweise der Schweizer Verrechnungssteuer.....	149
2. Divergenzen zwischen der Verrechnungssteuer und der EU-Zinsbesteuerung.....	150
3. Schließung der Divergenzen durch einen seitens der Schweiz zu erhebenden EU-Steuerrückbehalt.....	151
a) Allgemeines.....	151
b) Inkrafttreten, Aussetzung der Anwendung und Kündbarkeit.....	153
c) Zusammenfassende Übersicht.....	154
IV. Grundzüge einer liechtensteinischen Zinssteuerlösung.....	156
D. Steueroasen und Offshore-Finanzplätze im Visier der OECD: Wohin geht die Reise?.....	157
I. Der OECD 1998-Report.....	157
1. Allgemeines.....	157
2. Formen schädlicher Steuerpraktiken und die Identifikation von solche Steuersysteme anbietenden Steueroasen.....	158
3. Gegenstrategien und 19 empfohlene Maßnahmen zur Austrocknung von Steueroasen und zur Eliminierung schädlicher Steuerpraktiken ...	160

II. Die schwarze Liste der nicht-kooperativen Steueroasen und ihre Verpflichtungserklärungen („Commitment-Letters“)	166
1. Allgemeines	166
2. Commitment-Letters ausgewählter Offshore-Finanzplätze im Einzelnen	171
a) Aruba und Niederländische Antillen	171
b) Bahamas	172
c) Cayman Islands	173
d) British Virgin Islands	174
e) Bermudas	176
f) Gibraltar	176
g) Kanalinseln (Guernsey und Jersey)	177
h) Isle of Man	179
III. Der effektive Steuer-Informationsaustausch nach Standard „OECD 2002“	180
1. Allgemeines	180
2. Die wesentlichen Inhalte im Überblick	181
 Anhang	
1. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit vom 23.12.2003 (BGB1 2003 I S. 2928)	187
2. Amtlicher Vordruck für die strafbefreiende Erklärung nach dem Strafbefreiungserklärungsgesetz - StraBEG - vom 23.12.2003	195
3. Merkblatt zur Anwendung des Gesetzes über die strafbefreiende Erklärung - Strafbefreiungserklärungsgesetz (StraBEG) - vom 3.2.2004 (IV A-S 1928-18/04)	197
4. Richtlinie 2003/48/EG des Rates (EU-Zinsrichtlinie) vom 3.6.2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (ABl. L 157 vom 26.6.2003, S. 38)	224
Stichwortverzeichnis	245